

STUTTGARTER ERKLÄRUNG

Personalkostenkürzung nicht mit den ver.di-Betriebsräten

Die aus aktuellem Anlass in Stuttgart zusammen gekommenen Betriebsratsvorsitzenden aus den ver.di-Landesbezirken Baden-Württemberg; Niedersachsen-Bremen; Sachsen, Sachsen-Anhalt-Thüringen; Berlin-Brandenburg; Hessen; Nordrhein-Westfalen und der Berliner Bundesverwaltung erklären:

Eine beabsichtigte Kürzung des Personalkostenbudgets wird abgelehnt.

Schon die jetzige Personalausstattung ist in vielen Bereichen der Organisation aus Arbeitnehmersicht nicht mehr akzeptabel.

Es gibt genug Hinweise auf die enorme Belastungssituation, allein der hohe Krankenstand befindet sich jenseits des Zustandes von vergleichbaren Organisationen.

Auf diesem Hintergrund muss man sich um die tägliche Handlungsfähigkeit unserer Gewerkschaft ernsthaft Sorgen machen.

Die zumutbare Grenze ist erreicht!

ver.di muss auch insofern als Arbeitgeberin die Fürsorgepflicht gegenüber den Beschäftigten wahrnehmen.

Deshalb wird von den erklärenden Betriebsräten ein weiterer Eingriff in die Personalkostenbudget abgelehnt.

Stuttgart, im März 2012

Die Betriebsratsvorsitzenden

aus den Landesbezirken Baden-Württemberg; Niedersachsen-Bremen; Sachsen, Sachsen-Anhalt-Thüringen; Berlin-Brandenburg; Hessen; Nordrhein-Westfalen und der Berliner Bundesverwaltung